

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen

1934-1945



The General ['jen(ə)rəl]

Am 8. November 1820, vor 200 Jahren, wurde Friedrich Engels als Sohn eines Baumwollfabrikanten als ältestes von neun Kindern in Barmen (heute Wuppertal) geboren. Anton Bergauer hat die wichtigsten Stationen im Leben des engsten Mitstreiters von Karl Marx der Website des Engels-Hauses entnommen und zusammengefasst.

Schon mit 17 Jahren verlässt Friedrich auf Drängen des Vaters das Gymnasium, um möglichst bald im Familienunternehmen arbeiten zu können. Dafür absolviert er eine kaufmännische Lehre in Bremen. Ab 1839 verfasst er unter dem Pseudonym Friedrich Oswald journalistische Beiträge. Engels leistet 1841 und 1842 seinen Militärdienst in Berlin als Einjährig-Freiwilliger, wo er Vorlesungen an der Humboldt-Universität besucht und Verbindung zu den Junghegelianern aufnimmt. Die erste, noch kühle **Begegnung mit Karl Marx** findet am 16. November 1842 in der Redaktion der Rheinischen Zeitung in Köln statt.

Die Jahre 1842 bis 1844 sollten prägend für ihn werden. Noch in der kaufmännischen Ausbildung in der Baumwollspinnerei „Ermen & Engels“ in Manchester wird er mit den Auswüchsen des sprichwörtlichen „Manchester-Kapitalismus“ konfrontiert. Seine Eindrücke und politisch-soziologischen Analysen verarbeitet er in der 1845 erschienenen Schrift „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“. Nach einem Besuch 1844 in Paris beginnt die intensive Zusammenarbeit mit Karl Marx. Engels verfasst Beiträge für die „Deutsch-Französischen Jahrbücher“. Drei Jahre später verfasst er im Auftrag der Pariser Mitglieder des „Bundes der Kommunisten“ die „Grundsätze des Kommunismus“.

Ein Gespenst geht um in Europa

Im Februar 1848 veröffentlichen Engels und Marx das „Manifest der Kommunistischen Partei“. Es schließt mit dem berühmten Aufruf „**Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!**“ und wird zur programmatischen Grundlage späterer sozialdemokratischer, sozialistischer und kommunistischer Parteien. Der britische Historiker Tristram Hunt schreibt über Friedrich Engels: „Den sowjetischen Kommunismus des 20. Jahrhunderts hätte dieser Liebhaber des guten Lebens nie gebilligt, so sehr ihn der Stalinismus auch als geistigen Vater beschwor. Denn Engels war weder Gleichmacher noch Etatist, sondern leidenschaftlicher Verfechter der Individualität und des offenen Kampfs von Ideen.“ Von 1850 bis 1869 arbeitet Engels wieder in Manchester. Mit seinen Einkünften unterstützt er die Familie Marx. In dieser Zeit entwickelt er sich zum Militärexperten – daher der Spitzname „General“, auch im Deutschen englisch ausgesprochen: ['jen(ə)rəl] – studiert Sprachen und Geschichte vor allem der slawischen Völker. Er sollte schließlich zwölf Sprachen aktiv und zwanzig passiv beherrschen.

Engels lebt mit Mary Burns, einer irischen Arbeiterin, ohne Trauschein zusammen, für damalige Zeiten ungewöhnlich. Engels hält engen brieflichen und persönlichen Kontakt zu Marx in London, wo im September 1867 der erste Band von Karl Marx „Das Kapital“ erscheint. Dies wurde nur möglich durch Engels finanzielle und in Fragen der Ökonomie beratende Unterstützung. 1870 zieht er mit Lizzie Burns, Schwester der 1863 verstorbenen Mary, nach London. Auf Vorschlag von Marx wird er zum Mitglied des Generalrats der „Internationalen Arbeiterassoziation“ (= Erste Internationale) gewählt.



Friedrich Engels (links) mit Karl Marx und dessen Töchtern Laura, Eleanor und Jenny (v. l.) in den 1860er-Jahren

In den 1870er Jahren verfasst er die Schrift „Dialektik der Natur“, in der er die Grundzüge des dialektischen Materialismus umreißt. In einer Beitragsserie im „Vorwärts“ veröffentlicht Engels unter Mitwirkung von Marx 1877/78 „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft“ (der sog. „Anti-Dühring“). Im Beitrag „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“, der auf den „Anti-Dühring“ aufbaut, definiert Engels die Grundsätze des Historischen Materialismus. Nach dem Tod von Karl Marx (14.3.1883) widmet sich Engels der Bearbeitung und Herausgabe von Karl Marx' Werken und vollendet u.a. den zweiten Band des „Kapitals“, der 1885 erscheint. Nach Aufhebung der Sozialistengesetze 1890 nimmt Engels Einfluss auf die Entwicklung der Sozialdemokratie und auf das Erfurter Programm der SPD von 1891. 1893 nimmt Engels als Ehrenvorsitzender am Züricher Kongress der „Zweiten (Sozialistischen) Internationale“ teil, die 1889 in Paris gegründet worden war.

Neun Jahre arbeitet er an der Veröffentlichung des dritten Bands des „Kapitals“ 1895. Friedrich Engels stirbt am 5. August 1895 in London an Kehlkopfkrebs. Seine Asche wird, seinem letzten Willen entsprechend, im Meer versenkt (im Ärmelkanal, fünf Seemeilen von Eastbourne).

In Wuppertal steht das denkmalgeschützte Engels-Haus, das Haus des Großvaters von Friedrich Engels. Es wurde pünktlich zum 200. Geburtstag nach aufwendiger Sanierung und funktionaler Ertüchtigung inkl. neu konzipierter Dauerausstellung wiedereröffnet.

WEBTIPP: www.friedrich-engels-haus.de

Anton Bergauer ■



Novembergedenken in Wien Unsterbliche Opfer

Wie in den letzten Jahren gedachte am Zentralfriedhof der Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen der Opfer des Kampfes gegen Austrofaschismus und den Nationalsozialismus.

In einem normalen Jahr folgen dem Aufruf viele MandatarInnen und VertreterInnen der SPÖ und besonders der Jugendorganisationen. Der Gedenkmarsch war heuer jedoch geprägt von der Corona-Pandemie, so dass er unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand. Die Gesundheit unserer Mitglieder hat Vorrang.

Der Gedenkmarsch führte zunächst zum Grab von Rosa Jochmann, an dem Gerald Netzl eine kurze Ansprache hielt. Er bedauerte sehr, dass der Gedenkmarsch ohne Teilnehmerinnen und Teilnehmer stattfinden musste. Doch darf eine Ehrung der Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer sowie der Opfer nicht ausfallen. „Die Sozialdemokratie hat den Februar 1934 überlebt, sie hat den brutalen Nazi-Faschismus überlebt und sie wird auch Corona überleben“, so Genosse Netzl.



V.l.n.r.: Hannes Harwanegg, Fiona Herzog (SJ Wien), Marina Hanke und Gerald Netzl

Der kleine Gedenkzug schritt weiter zum Mahnmal der Stadt Wien für die Opfer für ein freies Österreich 1934-1945. Dort hielt Marina Hanke, Vorsitzende der SPÖ-Frauen Wien und stellvertretende Vorsitzende des Bundes Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen Wien, eine kurze Rede. Sie erinnerte an Käthe Sasso. Einer ihrer ersten Wege nach der Rückkehr nach Wien führte Käthe Sasso 1945 auf den Zentralfriedhof. Über die Jahre ist es gelungen, eine Gedenkstätte für die Opfer der nationalsozialistischen Justiz in der Gruppe 40 einzurichten. „Der antifaschistische Kampf der Sozialdemokratie passiert nicht nur an einem Tag, sondern er ist Teil jeden Tages“, so Genossin Hanke abschließend.

In der Gedenkstätte für die Opfer der NS-Justiz und NS-Kindereuthanasie, der Gruppe 40, sprach Hannes Harwanegg, stellvertretender Vorsitzender der Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen Wien, Worte des Gedenkens. Er betonte, welche Bedeutung die Tradition des Gedenkens für die Sozialdemokratie hat und, dass die Sozialdemokratie auf dieser Tradition beharren werde.

Die Abschlussrede im Ehrenhain für die Februar- und SpanienkämpferInnen hielt die Vorsitzende der Jungen Generation in der SPÖ Wien, Katharina Weninger. Sie betonte, dass die aktuelle Corona-Krise zu gesellschaftspolitischen und ökonomischen Verwerfungen führen könne, die unsere Demokratie gefährdeten. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten müssten sich stets Hass und Ressentiments entgegenstellen.

Claus Michl-Atzmüller ■

Am 24. September 2020 veranstalteten die Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen der Bezirksgruppe Meidling gemeinsam mit dem KZ-Verband/VdA Wien eine Kranzniederlegung am Denkmal der ehemaligen Remise Koppreitergasse an der Edelsinnstraße.

Von den zahlreichen Gästen, darunter Bezirksvorsteher Wilfried Zankl, Obfrau vom KZ-Verband/VdA Wien Dagmar Schindler und unser gf. Bundesvorsitzender Gerald Netzl, wurde an vier von der NS-Justiz zwischen 1938 und 1945 ermordeten Widerstandskämpfer unter den Wiener Straßenbahnern gedacht (siehe Kasten).



V.l.n.r.: Wilfried Zankl, Dominik Lang, Dagmar Schindler und Gerald Netzl

Zahlreiche Denkmäler, welche an sie erinnern, entstanden in der Nachkriegszeit in Wien.

Das Denkmal bei der Remise Koppreitergasse in Meidling wurde 1949 von Bürgermeister Theodor Körner eingeweiht. Dieser besondere Gedenkort erinnert nicht nur an die Opfer der beiden Faschismen, sondern auch an Menschen, die bei der Bombardierung der Remise im Jahr 1945 ums Leben kamen. Auf Initiative der Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen der Bezirksgruppe Meidling konnte das Denkmal dank dem Verständnis seitens des Gebäudemagements der Wiener Linien zu seinem 70-jährigen Bestehen renoviert werden.

Dominik Lang ■

Buchtip: „Tramway Geschichte(n) – Wiener Straßenbahner im Kampf gegen den grünen und braunen Faschismus“ von Walter Farthofer, ÖGB-Verlag, 2015.

GEDENKEN AN VIER WIDERSTANDSKÄMPFER

Leopold Ecker, *3.11.1902, hingerichtet am 25. Oktober 1943 im Zuchthaus Brandenburg-Görden,
Friedrich Fass, *8.6.1902, wurde am 16. März 1943,
Karl Krivanek, *25.6.1903, am 15. Februar 1943,
Nikolaus Trajkovic, *8.3.1891, am 26. April 1944 im Wiener Landesgericht hingerichtet.

Sie alle arbeiteten in der Remise Koppreitergasse.

Winfried R. Garscha vom DÖW gelang es in seinem Vortrag, die Rolle der StraßenbahnerInnen im Widerstand in der Zeit des Austrofaschismus als auch des Nationalsozialismus eindrucksvoll und facettenreich darzulegen. An die Bedeutung des Widerstandes für das Wiederlangen der Souveränität Österreichs im Jahr des 75-jährigen Bestehens der Zweiten Republik kann nicht oft genug erinnert werden. Auch unter den Wiener StraßenbahnerInnen befanden sich zahlreiche WiderstandskämpferInnen, die im Kampf gegen das NS-Regime für ein freies und demokratisches Österreich ihr Leben ließen.

Opfergedenken 21. + 8. Bezirk



Die Vertreter der Arge der NS-Opferverbände und WiderstandskämpferInnen gedachten auch heuer der Opfer im Kampf gegen den Nationalsozialismus. Teilnehmer am 31. Oktober waren in Floridsdorf Am Spitz Gerhard Kastelic, Hans Schiel (Bezirksvorsitzender FreiheitskämpferInnen), Bezirksvorsteher Georg Papai und Winfried R. Garscha (v. l. n. r.). In der Weihestätte im Landesgericht Wien, dem ehemaligen Hinrichtungsraum, Präsident Friedrich Forsthuber, Gerald Netzl und Gerhard Kastelic (v. l. n. r.) sowie am Morzinplatz, wo sich der Sitz der Gestapo Wien befand.

Gerald Netzl ■

Otto-Bauer-Plakette für Harald Ludwig

FreiheitskämpferInnen NÖ



Beim niederösterreichischen Landesvorstand der Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen wurde dem Vizebürgermeister der Landeshauptstadt St. Pölten Harald Ludwig am 17. September die höchste Auszeichnung der FreiheitskämpferInnen überreicht: die Otto-Bauer-Plakette für besonderen Einsatz gegen Faschismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus. Gratuliert haben Harald Ludwigs langjährige WegbegleiterInnen Anton Heinzl, Landesvorsitzender der FreiheitskämpferInnen, die chem. Landeshauptmann-Stellvertreterin Niederösterreichs Heidemaria Onodi, Landtagsabgeordneter Gerhard Razborcan sowie die ehemalige EU-Abgeordnete Karin Kadenbach. **Die Redaktion gratuliert Genossen Ludwig sehr herzlich!**

Generationenwechsel in Kärnten

Der Vorsitzende des Bundes Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen Kärnten, Prof. Vinzenz Jobst und Präsidiumsmitglied Werner Pikalo, leiteten im September einen Generationswechsel in der Kärntner Landesorganisation ein. Zum neuen Vorsitzenden des Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen Kärnten wurde Martin Gressl gewählt.

Martin Gressl, sieht den Schwerpunkt seiner neuen Tätigkeit, vor allem im Austausch und der Kooperation vorhandener und neu

Peter Kaiser überreichte Werner Pikalo die Otto-Bauer-Plakette

Anlässlich seines 80. Geburtstags wurde Werner Pikalo für sein aktives antifaschistisches Engagement mit der Otto-Bauer-Plakette geehrt. Die Auszeichnung nahmen der SPÖ Landespartei-Vorsitzende Dr. Peter Kaiser und der FreiheitskämpferInnen-Landesvorsitzende Martin Gressl im Sitzungssaal der SPÖ Landesorganisation vor.

„Es war mir eine Freude und ganz besondere Ehre, Werner Pikalo zu seinem 80er gratulieren und ihm für sein Engagement gegen Rechtsextremismus und für seine Erinnerungsarbeit im Sinne der sozialistischen Widerstandskämpfer die Otto-Bauer-Plakette verleihen zu dürfen. Dieses Engagement ist gerade heute, in Zeiten, in denen faschistische und radikal-extremistische Vorkommnisse bis hin zu Attentaten wie jenes in



FreiheitskämpferInnen Ktn

Werner Pikalo und Landeshauptmann Peter Kaiser

Wien, leider immer wieder zutage treten, von besonderer Bedeutung für unsere solidarische Gemeinschaft,“ so Kaiser. Landesvorsitzender Gressl hob die Verdienste von Werner Pikalo hervor und bedankte sich bei ihm für die jahrelange Freundschaft und seinen unermüdlichen Einsatz. Neben Gressl und Kaiser gratulierten, bei der coronabedingt im kleinen Kreis veranstalteten Auszeichnung, Vzbgm. Jürgen Pfeiler, Heinz Pichler, Alfred Wurzer, Samo Kobenter sowie Andreas Sucher.

Gedenken auf der Predigerstuhlwiese

Am 15. Juli 1934 trafen sich mehr als 1.000 SozialdemokratInnen auf der Predigerstuhlwiese in Kaltenleutgeben zu einer Gedenkkundgebung an die Opfer des Justizpalastbrandes im Jahr 1927. Da das austrofaschistische Regime am 12. Februar 1934 die Partei und alle Aktivitäten verboten hat, tarnen sich die TeilnehmerInnen als AusflüglerInnen in den Wienerwald. Kaum hat die Kundgebung mit Liedern und Reden auf der Wienerwaldlichtung begonnen, stürmten Schutzkorpsleute und Gendarmen aus Kaltenleutgeben aus dem Wald und erschossen die beiden jungen Teilnehmer Richard Lehmann aus Hans Fröhlich. Der durch einen Streifschuss schwer verletzte Karl Reitmayer wurde im Krankenhaus Mödling versorgt und überlebte.



SPÖ

V.l.n.r.: Paul Gangoly, Sandra Kopecky, Gerald Netzl, Dominik Lang, LAbg. Hannes Weninger, Vize-Bgm. Wolfgang Tomek und Marlon Thaller

2004 wurde nahe der mittlerweile zugewachsenen Predigerstuhlwiese vom Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen Liesing und Mödling und der SPÖ-Bezirksorganisation Mödling ein Gedenkstein für die Opfer des 15. Juli 1934 gesetzt. Dort gedenken die GenossInnen am 18. Juli den Ereignissen vor mittlerweile 86 Jahren. Gerald Netzl ■

entstandener Vereine und Initiativen: „Die Vernetzung mit anderen Gedenk- und Erinnerungsvereinen in Kärnten ist mir ein großes Anliegen, da es in Kärnten seit vielen Jahren eine Vielzahl an neuen Vereinen gibt.“ Gressl, Landesbildungssekretär des ÖGB Kärnten und Ortspartei-Vorsitzender der SPÖ Pörschach, bedankte sich für die Pionierarbeit seiner Vorgänger, die das Fundament für

eine lebendige Erinnerungskultur in Kärnten gelegt haben.

Landeshauptmann Dr. Peter Kaiser würdigte im Rahmen der Landesversammlung ebenfalls das Wirken von Jobst und Pikalo: „In der Gedenkarbeit in Kärnten wurden in den letzten 20 Jahren sehr viele Initiativen gesetzt und viele neue Erinnerungs- und Gedenkvereine gegründet.“



SPÖ Kärnten

Kärntens neuer FreiheitskämpferInnen-Vorsitzender Martin Gressl. Wir gratulieren herzlich zur Wahl!

Wir gratulieren: Oktober bis Dezember 2020

100. Geburtstag: Brainin Charlotte, Pospichal Berta, Wien. **96. Geburtstag:** Brainin Hugo, Wien. **95. Geburtstag:** Röttig Bibiane, Strau; Hiller Ferdinand, Wien. **94. Geburtstag:** Blamhofer Barbara, Schwechat. **93. Geburtstag:** Mraz Hedy, Wien. **92. Geburtstag:** Tobisch Heinz; Neulengbach; Lengauer Trude, St. Pölten; Strob Kurt, Wien. **91. Geburtstag:** Jirovetz Elisabeth, Traiskirchen; Capra Robert, Fischperer Otmar, Henriquez Lopez Jose, Loidolt Inge, Wien. **90. Geburtstag:** Kreamsner Hans, Pötsching; Böck Alfred, Wien. **85. Geburtstag:** Schwarzinger Hermine, Retz; Benczak Stefan, Traiskirchen; Beilner Albert, Dvoracek Herta, Hoffmann Edith, Ludl Irmgard, Widor Waltraud, Wien. **80. Geburtstag:** Wieninger Nikolaus, Baden; Straßer Elfriede, Kirchstetten; Leidenfrost Ulrike, Krems/Donau; Lichtenecker Herta, Schwechat; Hofmann Erwin Sieghartskirchen; Pikalo Werner, Strau; Zucha Rudolf O., Villach; Brunner Gerd, Giffinger Eduard, Kramer Helmut, Pfeifer Elisabeth, Pleininger Margarete, Schabmann Peter, Schwab Heidi, Votter Bernhard, Wien. **75. Geburtstag:** Schöllner Ulrike, Höflein; Hüttenberger Brigitte, Moser Peter, Innsbruck; Hahn Georg, Neckenmarkt; Binder Johann, Stadler Herbert, St. Pölten; Böhm Paulette, Stacher Irene, Wien.



Solidarität mit der VVN-BdA

Vor etwa einem Jahr entzog das Berliner Finanzamt der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der AntifaschistInnen (VVN-BdA) unter Berufung auf einen Bericht des Verfassungsschutzes in Bayern die Gemeinnützigkeit. Der „Kämpfer“ berichtete. Gerald Netzl hat sich nach dem aktuellen Stand erkundigt.

Dieser Verwaltungsakt gilt rückwirkend ab 2016 und bedeutet, dass Organisationen, die im Verfassungsschutzbericht auch nur EINES Bundeslandes auftauchen, die Gemeinnützigkeit verlieren. Obwohl die Vorwürfe gegen die VVN unhaltbar sind, bedeutet das konkret, dass der finanzielle Fortbestand aufgrund von Steuernachforderungen auf der Kippe steht. Gleichzeitig ist der Entzug der Gemeinnützigkeit auch ein Angriff auf alle aktiven AntifaschistInnen, auf die Nachkommen der Verfolgten des Naziregimes und auf die Überlebenden, die ihr Leben dem Antifaschismus gewidmet haben.

Nach einem Jahr heftiger politischer und juristischer Auseinandersetzung müssen die rot-rot-grüne Koalition im Bundesland Berlin und das Bundesfinanzministerium endlich klarstellen, dass Antifaschismus in Deutschland auch weiterhin gemeinnützig ist. Am 21. Oktober demonstrierten vor dem Berliner Abgeordnetenhaus rund 300 AntifaschistInnen. Markus

Tervooren (VVN-BdA Berlin) betonte, wie sehr man vom Berliner Senat enttäuscht sei. Seit einem Jahr gebe es von Rot-Rot-Grün warme Worte, aber es tue sich nichts. Cornelia Kerth (VVN-BdA Bundesvorsitzende): „Der Verfassungsschutz teilte in einem der Verfahren gegen einen Verfassungsschutzbericht mit, dass die Äußerung ‚Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen‘ aufgrund der Missachtung der Meinungsfreiheit bereits verfassungswidrig sei. Ein völlig verqueres Faschismus- und Demokratieverständnis.“

Eine Vertreterin von den „Omas gegen Rechts“ begründete die Forderung nach Gemeinnützigkeit der VVN vor allem historisch und mit der Biografie ihres Vaters, der vom zehnjährigen Nazi-Anhänger zum Widerstandskämpfer und KZ-Insassen wurde. Sie betonte: „Wer Faschismus unter Meinungsfreiheit einordnet, hat nichts verstanden.“ Hanna Reichhardt, stellvertretende Jusos-Bundesvorsitzende, setzte sich in ihrem



Gerald Netzl

VVN-Denkmal in Magdeburg

Redebeitrag mit dem Begriff der Gemeinnützigkeit auseinander: Für eine Gesellschaft gemeinnützig seien Aktivitäten, die auf den Erhalt der Demokratie zielten sowie gegen Krieg und gegen Faschismus gerichtet seien. Der Staat sollte das anerkennen.

Die überparteiliche VVN-BdA ist ein 1947 gegründeter Verband mit Sitz in Berlin. Sie ging aus Zusammenschlüssen von WiderstandskämpferInnen und NS-Verfolgten hervor und ist die größte Organisation von AntifaschistInnen in Deutschland. Die Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen sind solidarisch mit ihr.

Gerald Netzl ■

Erweiterndes Gedenken durch Antifaschismus

Auf Initiative unserer Bezirksgruppe Meidling fand heuer im Beisein von Stadträtin Kathrin Gaál in den Gemeindebauten Edmund Reismann-Hof und Max Opravil-Hof die offizielle Einweihung von zwei an sie erinnernden Gedenktafeln statt, womit erstmals ihre antifaschistische Arbeit als Widerstandskämpfer und Opfer beider Faschismen im öffentlichen Raum dokumentiert wurde. Dominik Lang berichtet.

Die bisher existierenden Gedenktafeln zu Edmund Reismann sen. seit 1949 und zu Max Opravil seit 1975 erinnerten lediglich an ihre öffentlichen als auch parteipolitischen Funktionen und enthielten nur ihre Geburts- und Sterbedaten.

Zur Enthüllung der ersten Gedenktafel für Landtagsabgeordneten und Gemeinderat Edmund Reismann sen. von 1918 bis 1934 kam es am 11. September 1949. Sie enthielt keine

konkreten Informationen über seinen Einsatz für den Wohnbau, den Mieterschutz und die öffentlichen Büchereien, mit denen heute, vor allem die junge Generation die Möglichkeit hätte, seinen Namen in Verbindung mit ihrem Gemeindebau zu bringen. Für mich war die Auseinandersetzung mit seiner Biografie vor allem mit seinem Sterbedatum 1942 verbunden. Wegen seiner jüdischen Herkunft wurde er am 27. November 1942 im KZ Auschwitz-Birkenau ermordet.

Bereits 2018 erinnerten die FreiheitskämpferInnen Meidling in Kooperation mit der VHS-Meidling im Rahmen der Gedenkveranstaltung „Umbrüche“ an sein Wirken und an die Umstände seiner Ermordung.

Über den aktiven antifaschistischen Widerstand des ehemaligen Landtagsabgeordneten und Gemeinderat sowie Bezirksparteiobmann Max Opravil war wenig bekannt. Seine Vergangenheit als Kommandant des Republikanischen



Markus Wache

Einweihung der neuen Max Opravil-Gedenktafel. V.l.n.r.: SPÖ Meidling-Vorsitzende Gabriele Mörk, Bezirksvorsteher Wilfried Zankl, FreiheitskämpferInnen-Vorsitzender Dominik Lang, Stadträtin Kathrin Gaál und Daniel Milovic-Braun (Wiener Wohnen)

Schutzbundes Meidling, als auch als Organisator der Auslandsflüchtlingshilfe nach den Februarkämpfen 1934 im Auftrag von Otto Bauer in der damaligen ČSR, blieb nach 1945 im öffentlichen Raum ausgespart.

Lösungsansatz für Zukunft

Aktuell mehr denn je, ob bei Opfern oder Tätern, ist es notwendig, sich der Herausforderung, der Tatsache sich verändernder Ansprüche im politischen Gedenken zu stellen, vor allem in der lebendigen Auseinandersetzung mit den Debatten über ihre Denkmäler. In den Fällen Opravil und Reismann sen. blieb die Frage nach dem Verbleib der alten Gedenktafeln nicht aus. Die MA 62 entschied dankenswerterweise, die alten Gedenktafeln vor Ort zu belassen und die neuen zusätzlich in unmittelbarer Nähe anzubringen.

Dominik Lang ■

Markus Wache



Ergänzungstafel für Edmund Reismann



Zu wenig Rehabilitierte?

Mit einstimmigem Beschluss machten im Jänner 2012 die Abgeordneten des österreichischen Nationalrats den Weg zur Rehabilitierung österreichischer Justizopfer der Jahre 1933 bis 1938 frei. Doch wie viele Anträge wurden seitdem gestellt, wie viele anerkannt? Gin. Katharina Kucharowits, Mitglied unseres Bundesvorstands, und Gin. Sabine Schatz haben bei Frau BM Zadić nachgefragt, wir zitieren aus der Antwort.

Insgesamt wurden zu 22 Personen (in 20 Akten) Anträge auf Rehabilitierung nach dem Aufhebungs- und Rehabilitierungsgesetz 2011 (BGBl. I Nr. 8/2012) gestellt. Von den 20 Akten stammen sieben aus 2012 (betreffend acht Personen), acht aus 2013 (betreffend neun Personen), zwei aus 2014 und je einer aus 2017, 2018 und 2019. Unter den 22 Personen, deren Rehabilitierung beantragt wurde, befinden sich drei Frauen und 19 Männer. In keinem Fall erfolgte die Antragstellung durch die betroffene Person selbst.

Aufgehoben wurden antragsgemäß elf Urteile, sechs Anhaltebescheide sowie ein polizeilicher Strafbescheid, weiters in einem Fall „sämtliche haftbegründende Anordnungen“. Damit wurden insgesamt 16 Personen rehabilitiert, darunter zwei Frauen. Sechs Personen, darunter eine Frau, wurden

nicht und eine Person wurde nur teilweise rehabilitiert, wobei die Abweisung der Anträge jeweils aus formellen Gründen erfolgte: In drei Fällen erfolgte die Ablehnung, weil das Gericht Anfang 2013 das Gesetz noch nicht für Straferkenntnisse durch Bescheid der Polizei- und Bezirksverwaltungsbehörden als anwendbar erachtet hatte. In weiteren drei Fällen wurden die Anträge abgelehnt, weil sich die Personen jeweils in Untersuchungshaft befunden hatten, also weder ein verurteilendes Erkenntnis, noch ein Anhaltebescheid vorlag. In diesen drei Beschlüssen wurde jedoch ausdrücklich festgestellt, dass sich die Personen jeweils wegen Ausdrucks einer politischen Meinung im Kampf für ein demokratisches Österreich in Untersuchungshaft befunden hatten. In einem Fall konnten keine Erkenntnisse zum Inhalt eines allfälligen Bescheids

gewonnen werden.

Die Bearbeitungsdauer beim Landesgericht für Strafsachen Wien, die auch davon abhängt, ob es erforderlich ist und wann es gelingt, ergänzende Unterlagen beizuschaffen, liegt zwischen wenigen Wochen und mehreren Monaten und beträgt durchschnittlich zwei bis drei Monate. Aus Datenschutzgründen sind die Namen der Rehabilitierten leider nicht öffentlich zugänglich bzw. gesammelt abrufbar.

Der zweite Teil der Anfrage bezieht sich auf den 2013 eingerichteten Rehabilitierungsbeirat, dieser wird hier nicht wiedergegeben ist aber wie gesamte, detailreichere Antwort unter www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/AB/



FreiheitskämpferInnen

Für unsere Anliegen im Nationalrat aktiv: Sabine Schatz (l.) und Katharina Kucharowits (r.)

AB_03332/index.shtml zu finden.

Im Bundessekretariat bekommen interessierte bzw. betroffene Nachkommen Informationen und einen Musterantrag. Zögern wir nicht, nutzen wir diese Chance, damit die FreiheitskämpferInnen 1933 bis 1938 späte Gerechtigkeit erfahren!

Gerald Netzl ■

Nachfahren von NS-Opfern erhalten erleichterten Zugang zur Staatsbürgerschaft

Am 19. September 2019 wurde im Nationalrat einstimmig beschlossen, dass Nachkommen von Opfern des NS-Regimes einen erleichterten Zugang zur österreichischen Staatsbürgerschaft erhalten. Die Gesetzesnovelle trat mit 1. September 2020 in Kraft. Die neue Regelung (§ 58c Abs. 1a StbG) ermöglicht den Nachkommen von Opfern des NS-Regimes die österreichische Staatsbürgerschaft durch eine sogenannte Anzeige zu erhalten, ohne dafür ihre bisherige Staatsangehörigkeit aufgeben oder einen Aufenthalt in Österreich vorweisen zu müssen.

Zusätzlich wurde die bereits bestehende erleichterte Einbürgerung für im NS-Regime vertriebene StaatsbürgerInnen Österreichs auf Staatsangehörige der Nachfolgestaaten der österreichisch-ungarischen Monarchie sowie Staatenlose ausgeweitet. Bisher gab es eine erleichterte Einbürgerung nur bei Verlassen Österreichs bis zum 9. Mai 1945, nun auch bis zum 15. Mai 1955. Diese erweiterte Einbürgerungsmöglichkeit trat bereits mit 23. Oktober 2019 in Kraft.

„Das Land Wien ist sich seiner historischen Verantwortung bewusst und setzt seit vielen Jahren Initiativen, um die vertriebenen Opfer des NS-Regimes und ihre Nachkommen wieder mit der Stadt zu verbinden. Die Gesetzesnovelle ist nicht nur eine längst überfällige symbolische Geste, sondern ein aktives und respektvolles Zugehen auf die vom Nationalsozialismus vertriebenen Menschen und ihre Nachfahren. Damit wird vielen Menschen aus aller Welt der Weg in eine gewaltvoll geraubte Heimat ermöglicht“, so Landeshauptmann Bürgermeister Michael Ludwig. Die Israelitische Kultusgemeinde Wien berät und unterstützt Interessentinnen und Interessenten vor, während und nach der Antragstellung.



David Lauzzo/wikipedia

Das Land Wien, das für Staatsbürgerschaftsangelegenheiten von im Ausland geborenen Personen und daher für den Großteil der Anzeigen zuständig ist, bereitet sich seit Jahresbeginn intensiv auf die neue Regelung vor. Die Abteilung Staatsbürgerschaft und Einwanderung der Stadt Wien (MA 35) arbeitet eng mit den Österreichischen Vertretungsbehörden, dem Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus, der Israelitischen Kultusgemeinde sowie weiteren Stellen zusammen.

Gerald Netzl ■



Erinnerung an Kurt Hacker

Im Folgenden drucken wir einen Text über Kurt Hacker ab, der in der auschwitz-information, 55. Ausgabe, im Dezember 2001 erschien und von Susanne Kowarc verfasst wurde. Wir bedanken uns bei der Autorin für die freundliche Genehmigung des Abdrucks.

Geboren am 21. Dezember 1920 in Wien wurde Kurt Hacker früh in sozialistischem Milieu geprägt und fand so beinahe zwangsläufig seinen Weg in den Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Als junger Dolmetscher der Wehrmachtsgarnison Brüssel zugeordnet, schloss er sich einer Widerstandsgruppe an, die unter anderem die verbotene antifaschistische Zeitung „Der Soldat im Westen“ verteilte. Dabei wurde er verhaftet und zu 16 Jahren Zuchthaus verurteilt. Wäre er damals volljährig gewesen, hätte ihm das Todesurteil gedroht. Er verbrachte einige Zeit in verschiedenen Zuchthäusern und wurde dann nach Auschwitz überstellt, wo er als politischer Häftling mit der Nummer 130 029 registriert wurde.

Hacker schloss sich bald dem Lagerwiderstand an. Mit viel Glück – er war als „deutscher politischer Häftling“ in der perfiden SS-Hierarchie der KZ-Häftlinge relativ privilegiert – und der Hilfe seiner Kameraden überlebte er das KZ und floh vor dessen Evakuierung Mitte Jänner 1945 gemeinsam mit

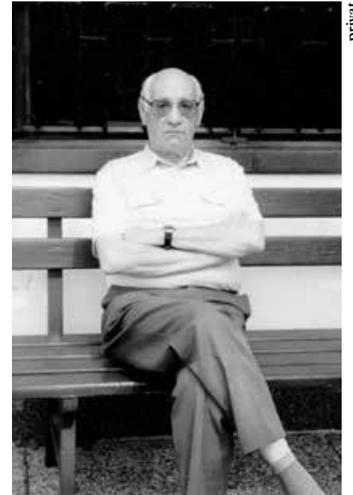
einigen anderen Häftlingen. So wurde er dann am 27. Jänner von der Roten Armee befreit, einem Tag, den er als seinen zweiten Geburtstag bezeichnete. Unmittelbar danach begann er seine Arbeit in der Aufarbeitung der Kriegsverbrechen, zunächst noch vor Ort in Auschwitz selbst, wo er Dokumente ordnete und sie den Sowjets übergab, dann später in Wien.

Zwei Tage nach der deutschen Kapitulation trat Kurt Hacker in den österreichischen Polizeidienst, der damals von Antifaschisten geführt wurde. Als kommunistischer Staatspolizist leistete er so seinen Beitrag in der Fahndung nach Kriegsverbrechern, wobei ihm vor allem ein Verhör mit dem SS-Mann Maximilian Grabner, der die politische Abteilung in Auschwitz geleitet hatte, im Gedächtnis blieb. Im Zuge des Kalten Krieges und der Zurückdrängung linker Beamter aus dem Staatsdienst in weniger sensible Bereiche wurde er dem Sicherheitsbüro zugeteilt und begann somit eine Karriere innerhalb der Kriminalpolizei und dann später als Jurist – nach dem Krieg hatte er als

Werkstudent Jus studiert – in verschiedenen Außenstellen der Bundespolizeidirektion Wien.

Mitte der 1970er Jahre folgte er dem Mauthausen-Überlebenden Hans Maršalek als Leiter der Gedenkstätte Mauthausen nach, für die er bis ins Jahr 1986 hinein verantwortlich blieb. Nach seiner Pensionierung begann er Geschichte zu studieren. Er war Weltbürger und Wiener Vorstadtkind. Seinem Milieu ist er bis zum Schluss treugeblieben, die „kleinen Leute“ waren ihm wichtiger als die großen Tiere, mit denen er sich doch beruflich dauernd umgeben musste. Er war ein Linker jener Generation, die noch irgendwie den Geist der Monarchie atmete, ohne selbst je Monarchist gewesen zu sein. Als Teenager bekam er von seinem Vater, einem Kürschner, eine Ohrfeige für den Satz, dass ihm „Hitler lieber sei als Habsburg“ – eine Ohrfeige, deren Bedeutung er erst später erkennen sollte.

Kurt Hacker war auch ein „Schmäherführer“, wie man in Wien sagt, ein Mann, der immer versuchte, seine



privat

Kurt Hacker

***21.12.1920 – †13.10.2001**

Gefühle zu kontrollieren und der dennoch über seine Emotionalität stolperte – unentwegt bemüht, gegen Ungerechtigkeiten aufzutreten. Und das alles mit dem Charme eines, wie er selbst immer wieder kokett sagte, „Vorkriegscharakters“. Er war ungemein beliebt, weil er fröhlich und guter Dinge war. Er war aber auch stets eine Respektperson. Er hatte moralisches Gewicht, seinen Kampf gegen den Faschismus, den er seit seiner frühen politischen Sozialisation aufgenommen hatte, sah er im Ende des Dritten Reiches nicht als beendet an. Kurt Hacker verstarb am 13. Oktober 2001.

Wir trauern um Hans Karl Uhl

Der 1943 in Wien geborene Hans Karl Uhl war zwischen 1970 und 1995 als Gemeinderat bzw. geschäftsführender Gemeinderat in Perchtoldsdorf tätig. Er war Bezirksparteisekretär der SPÖ Mödling und von 1985 bis 1997 Abgeordneter zum Landtag in Niederösterreich. Bis zu seinem Tod am 25. September war er Mödlinger Bezirksvorsitzender unseres Bundes. Bezirksparteivorsitzender LABg. Hannes Weninger: „Hans-Karl Uhl war ein überzeugter Sozialdemokrat, der sich mit Engagement, Leidenschaft und Umsicht der Politik seines Bezirkes verschrieben hat. Meine Gedanken sind bei seiner Familie. Hans Karl Uhl hatte die Sozialdemokratie im Blut und lebte für die Menschen in Perchtoldsdorf, im Bezirk Mödling und im Land.“ Wir werden Genossen Uhl nicht vergessen!

Hannes Weninger ■



SPÖ Mödling



Quellen zum Februar 1934

Das 1935 gegründete „International Institute of Social History“ (IISH) in Amsterdam enthält nicht nur bedeutende Bestände der österreichischen Sozialdemokratie, sondern auch das Archiv der Sozialistischen Internationale. Der Bestand umfasst knapp 13 Laufmeter und hauptsächlich den Zeitraum von 1923 bis 1946. Das Besondere ist, dass dieser Bestand gescannt ist und schon seit 2011 im Internet vollständig verfügbar ist.

Doch die Forschung hat diesen Bestand bisher kaum verwendet, dabei enthält er reichhaltiges Material zum Februar 1934. Nach der Verhaftung mehrerer Tausend sozialdemokratischer Schutzbündler organisierte die Sozialistische Internationale rasch einen Hilfsfonds. Gespeist vor allem durch die sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften in Dänemark und den Niederlanden wurden z. B. fast 8.000 Familien unterstützt.



Gerald Netzl

In Wöllersdorf erinnert das Mahnmal an den 12. Februar 1934 und das austrofaschistische Anhaltelager

Unter Nummer 2451 gibt ein umfangreicher „Bericht über die Untersuchung des Zustandes in Österreich“ der Niederländer E. Kupers und C. Woudenberg Ende 1934 darüber Auskunft. Und unter 3759 findet sich das „Dossier betr. die Hilfsaktion in Österreich für materielle Unterstützung, Hilfe für Kinder und Häftlinge und

ihre Familien. 1934-1936, 1938“. Dieser Bestand umfasst beispielsweise die Namen unterstützter Familien, von Eisenbahnern, die ihren Job verloren hatten, von Kindern, mit genauen Angaben, ob die Väter bei den Februarkämpfen getötet oder verwundet wurden oder ob sie in der Folge vom austrofaschistischen Regime inhaftiert wurde waren.

Solche Bestände verdienen die Aufarbeitung und sie ermöglichen auch heute noch Forschungen zu neuen Aspekten zum Februar 1934. Vielleicht eine Anregung für wissenschaftliche Abschlussarbeiten (junger) GenossInnen?

Die Links zu den beiden Dokumenten lauten:
<https://access.iisg.amsterdam/universalviewer/?manifest=https://access.iisg.amsterdam/iiif/presentation/ARCH01368.3759/manifest>
<https://access.iisg.amsterdam/universalviewer/?manifest=https://access.iisg.amsterdam/iiif/presentation/ARCH01368.2451/manifest>

Hans-Peter Weingand ■

Erlauf erinnert

In der Nacht vom 8. auf den 9. Mai 1945 trafen sich in Erlauf im westlichen Niederösterreich der sowjetische General Dmitri Dritschkin und der US-amerikanische General Stanley Reinhart und feierten gemeinsam den um 00:01 Uhr in Kraft tretenden Waffenstillstand. In Europa war der Zweite Weltkrieg beendet. 20 Jahre nach dem historischen Treffen der Generale brachten die jüdischen Emigranten und ehemaligen Erlauer Ernst Brod und Frank Schanzer die Erinnerung an die Ereignisse mit einer Broschüre der US-Division nach Erlauf zurück. Die daraufhin am Gemeindehaus von Politikern offiziell enthüllte Gedenktafel war die Initialzündung für eine bis heute lebendige Erinnerungskultur. Kein anderer Ort vergleichbarer Größe im deutschsprachigen Raum hat sich derart bewusst und über



Erlauf erinnert

Die Generale Stanley Reinhart und Dmitri Dritschkin

eine ähnlich lange Zeitspanne hinweg mit den Themen Frieden, Erinnerung und Kunst auseinandergesetzt.

Von 1965 an organisierte die Gemeinde zunächst jährlich eine Gedenkfeier, aus denen

später die Friedenstage hervorgingen. Im öffentlichen Raum entstand eine intensive künstlerische Auseinandersetzung mit der Geschichte. Unbedingt einen Besuch wert ist das Museum der Friedensgemeinde „Erlauf erinnert“. Seit Mai 2015 werden in einer 250 Quadratmeter großen Dauerausstellung die Vorgänge in Ort und Region, die Geschichte von Diktatur und Vertreibung genauso wie die Brüche und Kontinuitäten der österreichischen Erinnerungskultur der Zweiten Republik in Verbindung mit künstlerischen Arbeiten gezeigt. Im Archiv der Kunst und im Filmraum lassen sich alle in Erlauf, dem „österreichischen Torgau“, verwirklichten Kunst- und Filmprojekte erschließen.

WEBTIPP: www.erlauerinnert.at

Gerald Netzl ■

1010 Wien, Judenplatz

Am 25. Oktober 2000 wurde auf dem Judenplatz in Wien ein Mahnmal für die österreichischen jüdischen Opfer der Shoah enthüllt. Die Initiative dafür ging von Simon Wiesenthal aus. Rachel Whitereads Mahnmal bildet mit den Ausgrabungen der mittelalterlichen Synagoge und einem Museum zum mittelalterlichen Judentum eine eindrucksvolle Einheit des Gedenkens.

Das Mahnmal für die 65.000 ermordeten österreichischen Jüdinnen und Juden ist ein Stahlbetonkubus mit nach außen gewendeten Bibliothekswänden. Seine Regale sind mit scheinbar endlos vielen Ausgaben ein und desselben Buches bestückt, die für die große Zahl der Opfer



Anton Bergauer

und ihre Lebensgeschichten stehen. Der Inhalt der Bücher bleibt verborgen, denn die Bibliothek ist hermetisch abgeschlossen. Die Flügeltüren, welche die Möglichkeit eines Kommens und Gehens andeuten, sind nicht zu öffnen. Auf Bodenfliesen rund um das Mahnmal hat die

Künstlerin jene Orte festgehalten, an denen österreichische Jüdinnen und Juden während der NS-Herrschaft ermordet wurden.

Das Mahnmal steht in engem Konnex mit dem Informationsbereich zur Shoah, der vom DÖW im Erdgeschoß des Misrachi-Hauses am Judenplatz 8 eingerichtet wurde. Im elektronischen Gedenkbuch werden Namen und Daten der 65.000 Menschen und die Umstände, die zu ihrer Verfolgung und Ermordung geführt haben, präsentiert. In Summe sind das ca. 400.000 Datensätze. Mit biographischen Eckdaten, Deportationsdatum, Deportationsort sowie - wo dies möglich war - dem Todesdatum werden die Opfer aus der Anonymität geholt.

Anton Bergauer ■



Die erste „Diktatur des Proletariats“

Die Pariser Kommune beginnt mit einer Exekution und endet in einem Blutbad. Am 18. März 1871 werden zwei regierungstreue Offiziere von Angehörigen der Pariser Nationalgarde erschossen. Während die konservative Regierung, die das unsichere Paris bereits in Richtung Versailles verlassen hat, ihre Truppen und einen Großteil der Beamenschaft aus der Stadt abzieht, nimmt der Hauptausschuss der Kommune noch am selben Abend das Pariser Rathaus in Beschlag. Die Kommune wird die Stadt 72 Tage lang, bis zum 28. Mai, nach sozialistischen Vorstellungen regieren.

Im April erlässt der Rat der Kommune ein Dekret, wonach alle Betriebe, deren Eigentümer aus der Stadt geflohen sind, an Arbeiterkooperativen zu vergeben sind. Die tägliche Arbeitszeit wird auf zehn Stunden begrenzt, Maßnahmen gegen die Schwarzarbeit werden erlassen. Der Rat legt Mindestlöhne fest und verbietet willkürliche Lohnabzüge. Geradezu revolutionär sind erste Ansätze einer betrieblichen Selbstverwaltung: Alle 15 Tage wird in den Betrieben ein Leitungsrat gewählt.

Symbolpolitik

Weitere Maßnahmen der Kommune sind symbolischer Natur, wie etwa die Zerstörung der Guillotine oder der Abriss der Vendôme-Säule, des Symbols der napoleonischen Feldzüge. Die rote Fahne wird zur offiziellen Fahne der Kommune erklärt und ab dem 3. April gilt in Anknüpfung an den republikanischen Kalender der Revolution von 1789 eine neue Zeitrechnung: Man schreibt den 13. Germinal 79 der Republik. Im täglichen Leben bürgern sich die Anrede *Citoyen* (Bürger) und der Gruß *Salut et fraternité* (Heil und Brüderlichkeit) ein. Und: Die Kommune wandelt den Louvre mit den privaten Kunstsammlungen der Könige von Frankreich in ein Kunstmuseum um, sie öffnet die Oper, organisiert Konzerte und Spiele für die Bevölkerung.

„Viel Eifer, wenig Standfestigkeit“

Alle Versuche, den Aufstand der Kommune in andere französische Städte zu exportieren, scheitern. Paris bleibt isoliert. In der Theorie verfügt die Kommune zwar über 190.000 Soldaten, mangels Ausbildung und Disziplin sind diese Truppen jedoch völlig unbrauchbar. Zug um Zug kann die Regierung die Vororte der Stadt zurückerobern. Eine zweite Kampflinie ist währenddessen damit beschäftigt, Häuser und Keller zu durchkämmen. Schnellgerichte sollen den massenhaften Exekutionen, denen auch verdächtige Zivilisten zum Opfer fallen, einen Anschein von Legitimität verleihen.

Zeitzeugen wie der Journalist Prosper-Olivier Lissagaray schätzen die Zahl der in der letzten Maiwoche Exekutierten auf 20.000 bis 30.000 – ein Massaker historischen Ausmaßes. Die Schäden, die die Kämpfe im Stadtbild hinterlassen, sind ebenfalls gewaltig.

Und heute?

Was bleibt 150 Jahre, zwei Weltkriege und viele Jahrzehnte dramatisch gescheiterter realsozialistischer Experimente später von der Pariser Kommune? In seinem Werk *La Grande Défaite* schreibt der französische Historiker Alain Goutman, dass die Kommunarden die Idee einer Gesellschaft verkörperten, in der das Recht, die Gleichheit und die Freiheit nicht mehr nur sinnentleerte Wörter wären. Eine Utopie? Eine große Hoffnung jedenfalls, die sie bei Weitem überstieg ...

Lilli und Werner T. Bauer ■

VIVE LA COMMUNE.
Die erste „Diktatur des Proletariats“

Dauer der Sonderausstellung:
März bis Dezember 2021

Waschsalon Karl-Marx-Hof
Do 13-18 Uhr, So 12-16 Uhr

www.dasrotewien-waschsalon.at

Wikipedia



Tote Kommunarden

Die sozialen Maßnahmen der Kommune umfassen unter anderem ein Dekret, das rückwirkend alle ausstehenden Mieten erlässt. Verpfändete Gegenstände, insbesondere „Kleidungsstücke, Möbel, Wäsche, Bücher, Bettzeug und Arbeitswerkzeuge“, müssen ihren Eigentümern rückerstattet werden. Verwundete Verteidiger von Paris sowie die Witwen und Waisen gefallener Nationalgardisten erhalten eine Pension, verlassene oder leerstehende Wohnungen werden an die Opfer der feindlichen Bombardements vergeben, Waisenhäuser gegründet.

Hindernisse über Hindernisse

Da zahlreiche Beamte die Stadt verlassen haben, ist der Verwaltungsapparat bald völlig gelähmt, viele Reformprojekte können nicht umgesetzt werden. Dennoch: Die Prostitution wird verboten, die „freie Ehe“ eingeführt, uneheliche Kinder werden legitimiert. Für die Bedürftigsten werden Gemeindeküchen und öffentliche Ausspeisungen eingerichtet. Notariatsakte wie Testamente oder Heiratsverträge sind fortan kostenlos.

„Wir streichen Gott aus“

Am radikalsten sind die Maßnahmen der Kommune im Bereich der Religion. Religiöse Symbole werden aus den Schulklassen verbannt, der Religionsunterricht untersagt. Die Verstaatlichung der religiösen Stiftungen sowie die Säkularisierung der Bildungs- und Krankenpflegeeinrichtungen führt allerdings bald zu Problemen in der Krankenversorgung, die größtenteils in den Händen von Ordensschwestern lag. Radikale Zeitungen schießen bald wie Pilze aus dem Boden. Pressefreiheit bedeutet allerdings auch, dass oppositionelle Blätter weiter erscheinen können. Nachdem viele von ihnen die Tagesbefehle der Regierung aus Versailles verbreiten, reagiert die Kommune mit wenig effektiven Verboten; die meisten erscheinen wenige Tage später unter anderen Titeln.



DIE INTERNATIONALE

Eugène Pottier (1816-1887) war Arbeiterdichter, Funktionär und Kämpfer der Pariser Commune. Nach deren Niederschlagung musste er sich mehrere Wochen versteckt halten, bevor ihm die Flucht via Belgien nach England gelang. In *diesen* Tagen, körperlich und seelisch gebrochen, in *diesen* Tagen im Juni 1871 schrieb er das Gedicht, das ihn unsterblich machte: Die Internationale. In *diesen* Tagen, noch das blutüberschwemmte Paris vor Augen, noch die Schreie der erschlagenen Männer und Frauen in den Ohren, von den Spürhunden der Henker gehetzt, betäubt vom Schlag der Niederlage, voll schmerzlicher Trauer über den Tod seiner edelsten GenossInnen – in *diesen* Tagen schrieb Pottier seine *Internationale*, das optimistischste und zuversichtlichste Lied des kämpfenden Proletariats.

Gerald Netzl ■

Gerald Netzl



Die Mauer der Föderierten auf dem Pariser Friedhof Père Lachaise

L'Internationale

Eugène Pottier

C'est la lutte finale:
Groupons-nous, et demain,
L'Internationale
Sera le genre humain (2 x)

Debout! les damnés de la terre!
Debout! les forçats de la faim!
La raison tonne en son cratère:
C'est l'éruption de la fin.
Du passé faisons table rase,
Foule esclave, debout! debout!
Le monde va changer de base:
Nous ne sommes rien, soyons tout!

Il n'est pas de sauveurs suprêmes:
Ni Dieu, ni César, ni tribun,
Producteurs, sauvons-nous nous-mêmes!
Décrétons le salut commun!
Pour que le voleur rende gorge,
Pour tirer l'esprit du cachot,
Soufflons nous-mêmes notre forge,
Battons le fer quand il est chaud!

L'État comprime et la loi triche;
L'Impôt saigne le malheureux;
Nul devoir ne s'impose au riche;
Le droit du pauvre est un mot creux.
C'est assez languir en tutelle,
L'Égalité veut d'autres lois;
«Pas de droits sans devoirs, dit-elle
Égaux, pas de devoirs sans droits!»

Hideux dans leur apothéose,
Les rois de la mine et du rail
Ont-ils jamais fait autre chose
Que dévaliser le travail?
Dans les coffres-forts de la bande
Ce qu'il a créé s'est fondu
En décrétant qu'on le lui rende
Le peuple ne veut que son dû.

Les Rois nous soûlaient de fumées,
Paix entre nous, guerre aux tyrans!
Appliquons la grève aux armées,
Crosse en l'air, et rompons les rangs!
S'ils s'obstinent, ces cannibales,
À faire de nous des héros,
Ils sauront bientôt que nos balles
Sont pour nos propres généraux.

Ouvriers, paysans, nous sommes
Le grand parti des travailleurs;
La terre n'appartient qu'aux hommes,
L'oisif ira loger ailleurs.
Combien de nos chairs se repaissent!
Mais, si les corbeaux, les vautours,
Un de ces matins, disparaissent,
Le soleil brillera toujours!

C'est la lutte finale:
Groupons-nous, et demain,
L'Internationale
Sera le genre humain (2 x)

Die Internationale

Übersetzung: Erich Weinert

Zum letzten Kampf! Ihr alle,
Ihr Völker im Verein!
Die Internationale
Wird alle Menschheit sein! (2 x)

Auf, ihr Verdammte des Planeten,
Auf, Hungerknechte, aus dem Sumpf!
Vernunft bricht aus den Morgenröten.
Aus Schlünden donnert sie Triumph.
Macht endlich Schluss mit dem Gewesenen!
Es stürzt die Welt. Der Tag ist nah,
Denn heut sind wir die Auserlesenen.
Wir waren nichts, jetzt sind wir da!

Wir wissen, dass uns glücklich mache
Kein Gott, kein Kaiser, kein Tribun.
Genossen, unsrer Freiheit Sache
Kann nur in unsren Händen ruhn!
Packt, bis es brüllt, das Ungeheuer,
Und schafft dem Geist ein freies Gleis!
Wir blasen jetzt ins eigne Feuer.
Schlagt auf den Stahl, er ist noch heiß!

Staat und Gesetz gehen über Leichen.
Die Steuer wird zum Massenmord.
Wo gibt es Pflichten für den Reichen?
Des Armen Recht? Ein leeres Wort!
Genug! Es sprechen jetzt die Knechte,
Und das Gesetz der Gleichheit spricht:
Nicht eine Pflicht mehr ohne Rechte
Und keine Rechte ohne Pflicht!

Abscheulich blähn sich diese Götzen,
Die Herrn von Schacht und Eisenbahn.
Sie machten unser Blut zu Schätzen,
Sie haben unser Gut vertan.
In Stahltresoren liegt's vergraben.
Wann machen wir die Rechnung glatt?
Das Volk will ja nur wiederhaben,
Was man dem Volk gestohlen hat.

Die Herrscher machten uns betrunken.
Der Zauber muss zu Ende sein.
Drum werft ins Heer der Freiheit Funken!
Dann schlägt es mit dem Kolben drein.
Wenn sie uns zwingen, die Barbaren,
Soldat zu spielen noch einmal,
Wir werden unsre Kugeln sparen
Für unsren eignen General.

Arbeiter, Bauern, kommt zum Ende!
Wir sind der Schaffenden Partei!
Die Welt gehört in unsre Hände.
Der Reichen Schonzeit ist vorbei.
Sie sog'en Blut aus unsren Wunden.
Reißt ihnen ab den Heiligenschein!
Erst wenn das Geiervolk verschwunden,
Wird unsre Welt voll Sonne sein!
Zum letzten Kampf! Ihr alle,
Ihr Völker im Verein!
Die Internationale
Wird alle Menschheit sein! (2 x)

Hans Landauer und Edgar Schranz – niemals vergessen!

Seit 15. Oktober 2020 trägt das städtische Wohnhaus in der Schüttelstraße 71 in Wien-Leopoldstadt den Namen des Spanienkämpfers und KZ-Überlebenden Hans Landauer. Hans Landauer lebte mit seiner Frau Ilse nur zwei Gehminuten entfernt in der Halmgasse.

Hans Landauer wurde am 19. April 1921 in Oberwaltersdorf geboren. Sein Großvater Karl Operschall war dort von 1919 bis 1934 sozialdemokratischer Bürgermeister. 1937 riss Hans, der bei den Roten Falken politisch erzogen wurde, von zu Hause aus, um im spanischen Bürgerkrieg gegen die Franco-Truppen zu kämpfen. Dort wollte man ihn wegen seines jugendlichen Alters zurückschicken, letztlich wurde er aber Teil des Bataillons „12. Februar“ der Internationalen Brigaden. Nach einer Verletzung und mehreren Spitalaufenthalten floh er 1939 vor Franco aus Katalonien nach Frankreich. Nach der Besetzung des Landes durch die Wehrmacht wurde er 1940 verhaftet und im weiteren Verlauf im Juni 1941 mit anderen Spanienkämpfern in das Konzentrationslager nach Dachau verlegt. Mit dem Sieg der Alliierten wurde er 1945 aus Dachau befreit.

Rückkehr nach Österreich

Nach seiner Rückkehr nach Österreich trat Hans Landauer in den Polizeidienst, wo er mit der Aufklärung von NS-Verbrechen befasst war. Nach einem Aufenthalt in Zypern im Auftrag der UNO wurde er Sicherheitsbeamter an der österreichischen Botschaft in Beirut.

Nach seiner Pensionierung war Hans Landauer sehr aktiv. Er arbeitete ehrenamtlich im DÖW, wo er das Archiv der Spanienkämpfer aus Österreich schuf, und wurde 1991 Obmann des Vereins „Vereinigung österreichischer Freiwilliger in der Spanischen Republik 1936-1939“. Ein weiterer Meilenstein in seinem Leben war die Veröffentlichung des „Lexikon der österreichischen Spanienkämpfer 1936-1939“ gemeinsam mit Erich Hackl im Jahr 2003. Hans Landauer, verstarb am 19. Juli 2014 im Alter von 93 Jahren.

Edgar Schranz

Nur einen Steinwurf entfernt, in der Rustenschacherallee 44-56, nur eine Woche später, wurde ein Gemeindebau nach Edgar Schranz benannt. Die Feier fand im Beisein von Wohnbaustadträtin Kathrin Gaál, Bezirksvorsteherin Ursula Lichtenegger und dem kommenden Bezirksvorsteher Alexander Nikolai statt.

Vielseitige Persönlichkeit im Sozialbereich und der Politik

Edgar Schranz wurde am 2. Juni 1930 in Wien geboren. Nach der Matura studierte er Staatswissenschaften an den Universitäten Graz und Wien - berufs begleitend zu seiner Tätigkeit in der Pensionsversicherung der Arbeiter. 1965 wurde er Direktor der Bauernkrankenkasse. Parallel zu seiner beruflichen Tätigkeit war er in der Sozialdemokratie aktiv: Erst in der Sozialistischen Jugend, später als Bezirksparteivorsitzender der SPÖ Leopoldstadt und als Mitglied des Bundesparteivorstandes. Als Bezirksparteivorsitzender folgte er dem bereits bei den Revolutionären Sozialisten aktiv gewesenen Robert Uhlir nach. 1970 zum Mitglied des Bundesrates ernannt, wurde er bereits ein Jahr später Abgeordneter zum Nationalrat. In den 1970er und 80er Jahren trugen viele sozialrechtliche Errungenschaften seine Handschrift, er war ein enger Wegbegleiter von Bruno Kreisky.

Edgar Schranz war Träger der Otto-Bauer-Plakette und gehörte von 1990 bis 2005 dem Bundesvorstand der Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen an. Auch als Mitglied des Kuratoriums des Nationalfonds der Republik Österreich setzte er sich für die Interessen von NS-Opfern ein. Edgar Schranz starb am 13. April 2009 in Wien.

Gerald Netzl ■

Gerald Netzl



Denkmal für die österreichischen Freiwilligen in Spanien 1936-1939 am Wiener Zentralfriedhof

Erinnerungen hören!

Anlässlich seines 25-jährigen Bestehens hat der Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus erstmals ein Hörbuch mit Lebensgeschichten von Opfern des Nationalsozialismus herausgegeben. Mercedes Echerer, Katharina Stemberger, Cornelius Obonya und Tobias Resch haben 14 Überlebenden ihre Stimmen geliehen und deren Schicksale auf einer Doppel-CD eindrucksvoll zum Leben erweckt. Eine Aufnahme des Gola Akkordeon Duos der Komposition „Lost and Found“ von Felix Lee begleitet die Hörerinnen und Hörer durch das Hörbuch.

Die 14 Texte entstammen den fünf Bänden der Buchreihe „Erinnerungen“ des Nationalfonds und zeichnen sich



durch eine inhaltliche Breite aus. Neben überwiegend jüdischen Erinnerungen gibt es auch solche von Roma, einem „Spiegelgrundkind“, einer Zeugin Jehovas und etwa der Kärntner Slowenin Katja Sturm-Schnabl. Weiters gibt es einen Bericht eines Wehrmachtsdeserteurs, doch hätte man sich mehr Zeugnisse aus dem politischen Widerstand gegen den Nazifaschismus gewünscht.

Die sehr stimmige Präsentation der hörenswerten CDs fand am 19. Oktober in Anwesenheit der Zweiten Präsidentin des Nationalrats Doris Bures, Vertretern der Opferverbände und der Gremien des Nationalfonds statt. Hörproben sowie Bestellung auf www.nationalfonds.org

Gerald Netzl ■



Mit Mut und List

Florence Hervé, verantwortliche Redakteurin des Taschenkalenders „Wir Frauen“, beschäftigt sich seit Jahrzehnten mit der weiblichen Perspektive des antifaschistischen Kampfes. Anlässlich des 75. Jahrestags der Befreiung vom Nazi-Faschismus hat sie eine biographische Dokumentation der weiblichen Perspektive des Widerstandskampfes in Europa herausgegeben. Vierundzwanzig Autorinnen berichten über 75 Widerstandskämpferinnen aus zwanzig Ländern, aus okkupierten Ländern, aus unbesetzten oder neutralen Staaten sowie aus Deutschland und Italien. Viele Texte entstanden extra für diesen Band, andere entstammen dem Kalender „Wir Frauen“. Ohne Anspruch auf Repräsentativität und Vollständigkeit werden die Vielfalt des Widerstands dargestellt und bekannte wie unbekanntere Frauen vorgestellt. Sie stehen stellvertretend für die vielen Namenlosen.

Bei aller Unterschiedlichkeit der Ausgangssituation in den jeweiligen Ländern und der individuellen Motivlage verband die Frauen den Wunsch nach Freiheit. Viele der Porträtierten haben im Widerstand traditionelle Geschlechterrollen durchbrochen, Ansätze von Frauenemanzipation erkämpft und gelebt. In den Biographien zeigt sich eine Kontinuität des widerständigen Engagements. Nach der Befreiung kämpften ehemalige Deportierte und Widerstandskämpferinnen gegen Rassismus, Kolonialismus und Krieg sowie gegen Frauendiskriminierung.

Aus Österreich werden vier Frauen vorgestellt. Maria Berner (1904-2000) betätigte sich für die Rote Hilfe und wurde im August 1943 nach

dreieinhalb Jahren Zuchthaus ins KZ Ravensbrück deportiert. Lisa Fittko (1909-2005) schleuste 1940/41 im Auftrag von Varian Fry Flüchtende über die Pyrenäen nach Spanien (und weiter über Portugal in die USA). Berichtet wird über die bekannte Architektin Margarete Schütte-Lihotzky (1897-2000) und natürlich darf ein Porträt unserer Rosa Jochmann



PapyRossa

(1901-1994), Untertitel „Die solidarische Blockova“, nicht fehlen. Positiv: Zu jeder der 75 Frauen führt das Buch weiterführende Literatur an. Lesenswert!

Gerald Netzl ■

„Einfach weg!“

Das Buch „Einfach weg! Verschwundene Romasiedlungen im Burgenland“ behandelt ein weitgehend ausgeblendetes Kapitel burgenländischer Regionalgeschichte. Die Publikation der beiden burgenländischen Historiker Herbert Brettl und Gerhard Baumgartner, Leiter des DÖW, dokumentiert die Romasiedlungen und ihre Zerstörung durch den Nationalsozialismus. Bis zu ihrer Auslöschung bestanden auf dem Gebiet des Burgenlandes etwa 120 Romasiedlungen, deren historische Wurzeln in zahlreichen Fällen bis ins 18. Jahrhundert zurückreichen.

Insgesamt werden in der Publikation 114 Romasiedlungen beschrieben. Der Bogen spannt sich von deren Gründung und Existenz über die ersten historisch belegbaren Daten der Verfolgung der Roma und Zertrümmerung der Siedlungen während der NS-Zeit bis zur Situation der Überlebenden nach 1945. Historische Bilddokumente wie etwa Kartenausschnitte, zeigen wo die Romasiedlungen in den jeweiligen Orten lagen. Nur einige wenige existieren noch. Die Dokumentation versteht sich als Beitrag zur burgenländischen Landesgeschichte, vor allem aber auch zur Lokalgeschichte der burgenländischen Gemeinden. Das Buch dokumentiert den österreichischen Teil

Gerhard Baumgartner
und Herbert Brettl:
**Einfach weg!
Verschwundene
Romasiedlungen
im Burgenland.**

new academic press,
Wien 2020,

ISBN: 978-3-7003-2187-3,
414 Seiten, € 37,90

der wenig bis gar nicht bekannten Geschichte der mehrheitlich sesshaften Roma-Bevölkerung Mitteleuropas.

Andreas Sarközi ■



new academic press

Die Frauen von Birkenau

Seweryna Szmaglewska war seit Oktober 1942 polnischer politischer Häftling im Frauenlager von Auschwitz-Birkenau. In ihrem Buch, das im Original „Der Rauch über Birkenau“ heißt, schildert sie ihre verstörenden Erlebnisse. Noch 1945, fast sofort nach ihrer Flucht im Jänner, schrieb sie fieberhaft ihre Erinnerungen nieder, die ein wichtiges Zeugnis bei den Nürnberger Prozessen werden sollten. Sie selbst war eine von zwei polnischen ZeugInnen in Nürnberg. In einer ganz besonderen Erzählperspektive, ohne „ich“ zu sagen, fängt sie im Buch nicht nur die verstörende „Alltags“-Welt des Lagers ein, sondern auch berührende Einzelschicksale von Frauen aus verschiedenen Ländern, die alle Opfer des Nazi-Wahnsinns wurden. Wie mit einer Fotokamera dokumentiert Seweryna Szmaglewska die desolaten Verfassungen der Gefangenen, die harte Arbeit und die sinnlosen Grausamkeiten der SS und vieler Kapos. Sie beschwört aber auch den geistigen Austausch und die Unterstützung, mit der die Frauen sich gegenseitig ermutigen und so ihre Würde zu wahren wissen.

Seweryna Szmaglewska:
Die Frauen von Birkenau

Schöffling,
Frankfurt am Main, 2020,
ISBN: 978-3-89561-536-8,
456 Seiten, € 28,80

„Die Frauen von Birkenau“ ist ein erschütterndes Buch und eine eindringliche Plädoyer für Menschlichkeit und gehört wie „Menschen in Auschwitz“ von Hermann Langbein zum Kanon der antifaschistischen Literatur.

Gerald Netzl ■



Schöffling



Nach der Shoah

Die österreichische Bevölkerung war, wie in den meisten anderen Staaten Mitteleuropas, nach 1945 mit einer jahrzehntelangen vernichtungsantisemitischen Politik, Propaganda und Sozialisierung konfrontiert. Sie bestand aus rund einer halben Million eingetragenen NSDAP-Mitgliedern, NS-SympathisantInnen und ProfiteurInnen. Barbara Serloth widmete sich nun der Politik und dem Antisemitismus in Österreich nach 1945.

Bereits vor dem „Anschluss“ war die österreichische Politik von einem starken Antisemitismus geprägt. Das nach der Befreiung 1945 erzählte Märchen, dass es in Österreich keinen Antisemitismus mehr gebe, war für die politischen Eliten zwar hilfreich, um den Opfermythos auch von dieser Seite „abdecken“ zu können, allerdings auch gefährlich. Denn damit wurde die Weitertradierung der antisemitischen Stereotype gefördert.

Österreich hat sich in seiner langen antisemitischen Nachkriegszeit niemals seiner nationalsozialistischen, rassistischen und antisemitischen Vergangenheit gestellt. Vielmehr wurden die Flüchtlinge zu „Emigranten“, zu Menschen, die „freiwillig in ein sicheres Ausland gingen und die ‚echten Österreicher‘ zurückgelassen“ hatten. Die Nationalsozialisten wurden erst zu „Minderbelasteten“, dann zu „kleinen Nazis“ und schließlich zu den „kleinen, ehrlichen Nazis“. Auf Restitutionsforderungen wurde nur auf Druck des Auslandes, der allerdings ebenfalls nur sehr verhalten ausfiel, reagiert. Die Aussonderung der imaginären Gruppe der Juden und Jüdinnen

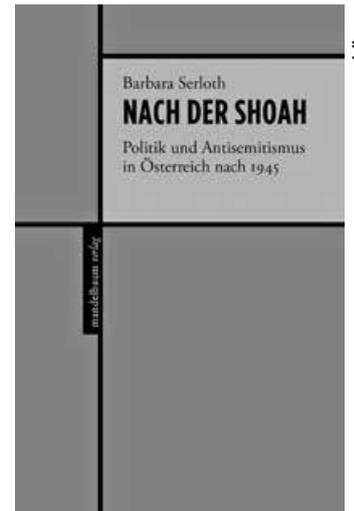
und die Verweigerung, sie als selbstverständlich politisch handelnde Subjekte zu akzeptieren, wurde durch die Restitutionsgesetze und die politischen Diskurse in die Politik der Nachkriegsjahre verankert und bestimmte diese. In der Nationalratsdebatte zum „Nichtigkeitsgesetz“ am 15. Mai 1946 erklärte der ÖVP-Abgeordnete Erich Kolb, dass Österreich nichts gutzumachen hätte, da es nichts verbochen habe, und brachte die allgemeine Grundhaltung der Restitutionsverweigerung auf den Punkt.

Der mächtige VP-Politiker Alfons Gorbach schleuderte im Jahre 1949 den Flüchtlingen, die er zu Emigranten herunterspielte, entgegen: „Da mögen die Herren Emigranten noch so viel Moralinsäure verspritzen: Jene, die draußen (= an der Front) ihren Mann gestanden haben, wissen besser, was anständig ist, als jene, die sich beim ersten Kräuseln des Ozeans in Übersee in Sicherheit gebracht haben. Ich spreche den Emigranten das Recht ab, in der NS-Frage mitzureden.“ Damit sprach er allen Flüchtlingen das Recht der politischen Wortmeldung, Kritik, Hinterfragung, aber auch des Stellens von Forderungen

ab. Die politische (Selbst)Absolution wollte man sich nicht stören lassen.

Es ging aber auch noch eine Spur perfider. Der VP-Politiker Karl Gruber erklärte gar, „dass eine Entschädigung ehemals österreichischer Juden eine ungerechte Bevorzugung gegenüber denjenigen darstellte, die geblieben und in Konzentrationslager gesteckt worden seien“. Dieser Satz ist schlicht eine Mischung aus einem menschenverachtenden Zynismus, der Hand in Hand geht mit der Verweigerung jedweder Empathie und einer grobschlächtigen politischen Zurückweisungs politik der Zwangs-Emigranten auf Restitution.

Barbara Serloth belegt in ihrer Aufarbeitung „Nach der Shoah“ anhand von politischen, parlamentarischen und ministeriellen Diskursen und der Nachzeichnung der politischen Maßnahmen und Vorhaben die TäterInnenbevorzugung im Normsetzungsprozess. Sie fragt, wie politische Diskriminierung bzw. die Beabsichtigung einer solchen, wenn sie systemimmanent wirkt, im demokratischen Rahmen erzeugt wird.



**Barbara Serloth:
Nach der Shoah - Politik und Antisemitismus in Österreich nach 1945.**

**mandelbaum Verlag,
Wien 2019,**

**ISBN 978385476-841-8,
304 Seiten, € 25,00**

Aus dem NS-Rassenwahn, der Verfolgung, Entrechtung und Vernichtung von Millionen von Menschen hätten Lehren gezogen und die sich neubildende Gemeinschaft hätte als eine alle inkludierende konstituiert werden können. Stattdessen wurden die NS-Opfer im Normsystem systemimmanent erneut entrechtet und es dauerte bis in die 1980er-Jahre, bis Österreich zu seiner Vergangenheit stand.

Faschismus in Spanien



Los Yesares ist ein armes Dorf im bergigen Hinterland von Valencia. Bald nach dem Ende der Diktatur sammelt eine französische Studentin in den 1980er Jahren Geschichten und Erlebnisse aus dem Alltag in den ersten Jahren nach dem Ende des Spanischen Bürgerkriegs, der damals ein halbes Jahrhundert zurückliegt. Die Stimmen der Frauen und Männer, die ihr

**Alfons Cervera:
Die Farben der Angst.**

Bahoe, Wien, 2020,

**ISBN: 978-3-903290-31-0,
200 Seiten, € 20,00**

erzählen, wie es ihnen ergangen ist als sie jung waren und als Republikaner, als politisch Verfehmte, als Kinder von „Roten“ von den frankquistischen Machthabern misshandelt und gedemütigt wurden. Wie sie stillgehalten oder sich heimlich gewehrt haben. Und wie die Furcht vor Repressalien ihr Erinnerungsvermögen bedroht hat.

„Die Farben der Angst“ ist Teil eines einzigartigen Romanzyklus, mit dem Alfons Cervera 2005 in Spanien das Schweigen über die Verbrechen der Francodiktatur und deren Folgen für das Leben der Besiegten gebrochen hat. In überaus anschaulich geschilderten, teilweise

sehr brutalen Episoden, lässt er diejenigen zu Wort kommen, die sich weder von Gewalt und Willkür der Herrschenden noch von der eigenen Ohnmacht kleinkriegen ließen. Ihre Erinnerungen handeln vom unbändigen Willen, das Unrecht nicht hinzunehmen, und damit von der Würde jener „kleinen Leute“, die in den Geschichtsbüchern für gewöhnlich nicht oder nur als Randnotiz vorkommen. Cervera fängt die gnadenlose Brutalität mit der die Sieger die Besiegten noch jahrelang traktierten erschreckend naturalistisch ein. Aus dem Spanischen von Erich Hackl.

Gerald Netzl ■



KRAMER-PREIS 2020 AN ERICH HACKL

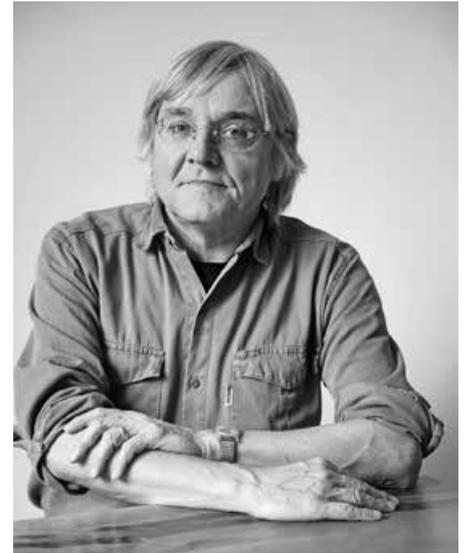
Am 11. September 2020 wurde der 20. Theodor Kramer-Preis für Schreiben im Widerstand und Exil an Erich Hackl verliehen. Er zählt zu jenen zeitgenössischen Autoren Österreichs, die sich durch produktive Vielseitigkeit auszeichnen.

Nicht nur als Erzähler, sondern auch als Übersetzer, Essayist und politischer Aktivist hat sich Erich Hackl verdient gemacht. Seine große Stärke ist die penible Recherche und authentische Rekonstruktion von Biographien. 1954 in Steyr (OÖ) geboren und aufgewachsen, ist er auch nach dem Weggang seiner Geburtsstadt verbunden geblieben und hat sich zugleich nach einem Studium der Hispanistik die Welten Spaniens und Lateinamerikas erschlossen.

Hackl ist im besten Wortsinn ein Internationalist, der aber nicht der Versuchung verfällt, im vermeintlichen Spannungsfeld zwischen Metropolen und Provinz letztere zurückzulassen und abzuschreiben. Im Gegenteil: Das Aufspüren von verschwiegendem Widerstand und Verfolgung an der Peripherie zählt zu seinen Stärken. Er entwirft das Schicksal des deportierten Romamädchens Sidonie der Vergessenheit (in *Abschied von Sidonie*), er erinnert an die Februarkämpfe in Steyr, er erzählt die tristen Lebensgeschichten der das KZ Mauthausen überlebenden und in Österreich gebliebenen republikanischen Spanier und er fängt mit sinnlichen Bildern das frühere Landleben im Mühlviertel anhand der Kindheitserinnerungen seiner Mutter (in *Dieses Buch gehört meiner Mutter*) ein.

Gemeinsam mit Hans Landauer hat Hackl auch das biographische *Lexikon der österreichischen Spanienkämpfer 1936-1939* erarbeitet. Ebenso verfolgt er die Spuren österreichischer Jüdinnen und Juden, die sich vor der mörderischen Verfolgung nach Lateinamerika retten konnten und 40 Jahre danach der fürchterlichen Repression der Militärdiktaturen in Chile, Uruguay und Argentinien ausgesetzt waren. Die Suche nach einem verschleppten Kind (in *Sara und Simón. Eine endlose Geschichte*) zählt dabei wohl zu den erschütterndsten Dokumenten. Erich Hackl bewies auch Zivilcourage, als er sich auf der Buchmesse in Havanna öffentlich mit dem vom kubanischen Regime eingekerkerten Übersetzer Pomar solidarisierte.

In seinem Werk ist er einigen familiären Dutzendtragödien widerständiger und verfolgter Menschen oft über mehrere Generationen hindurch (*Entwurf einer Liebe auf den ersten Blick* oder *Die Hochzeit von Auschwitz. Eine Begebenheit* oder *Drei tränenlose Geschichten*) auf den Grund gegangen.



Maurice Haas / © Diogenes Verlag

Erich Hackl

In der Parteinahme für Unterdrückte befindet sich Hackl in der würdigen Nachfolge Theodor Kramers. Bei der Preisverleihung in Kramers Geburtsort Niederhollabrunn meinte Hackl, dass das Zurückgehen in die Geschichte auf der Suche nach Gleichgesinnten nicht Flucht aus der Gegenwart sei, sondern das Bemühen um die Übernahme einer rebellischen Tradition, die helfen kann, nicht klein beizugeben.

Die schönste Gratulation zu dieser verdienten Auszeichnung ist zweifelsohne die Lektüre von Erich Hackl, die wärmstens empfohlen werden kann.

WEBTIPP: <https://www.diogenes.ch/leser/autoren/h/erich-hackl.html>

Heimo Gruber ■

Sacher und Bergmaier bei 12-Stunden-Konzert wider Gewalt und Vergessen

Am 20. September wurde den rund 14.400 ehemaligen KZ-Häftlingen, die im KZ-Außenlager Melk ausgebeutet und tausendfach ermordet wurden, je drei Sekunden Musik gewidmet - in Summe 12 Stunden Musik. 75 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs und der Befreiung des Mauthausen-Komplexes war es den teilnehmenden MusikerInnen und den VeranstalterInnen besonders wichtig, ein weithin sicht- und hörbares Zeichen des Gedenkens zu setzen.

Organisiert wurde das Konzert, das heuer zum zweiten Mal am Melker Hauptplatz und an einigen anderen Spielstätten durchgeführt wurde, vom Verein MERKwüdig (Zeithistorisches Zentrum Melk). Unter den Mitwirkenden waren beim heurigen zweiten Konzert international renommierte Größen wie Maria Bill, Marwan Abado oder Aliosha Biz. Erstmals eingeladen waren heuer aus Krems Sängerin Angelika Sacher und Pianist Klaus Bergmaier, die mit einer Mischung aus Liedern aus dem Widerstand und Friedensliedern thematisch

passende Musik lieferten. Angelika Sacher und Klaus Bergmaier sind auch FunktionärInnen unseres Bundes. Sacher ist die Bezirkskassiererin unserer Bezirksgruppe Krems, während Bergmaier Krems-Bezirksvorsitzender sowie im niederösterreichischen Landesvorstand und im Bundesvorstand aktiv ist.

Ihr Auftritt am Melker Hauptplatz wurde in guter Qualität aufgezeichnet und kann auf der Facebook-Seite des MelkMemorials abgerufen werden. Es zeigt das „Lied des

einfachen Menschen“ nach einem Text von Jura Soyfer, der selbst im Konzentrationslager Buchenwald ermordet wurde.

Gemeinsam musizieren Sacher und Bergmaier bereits seit 1999. Mit politischen Liedern traten die beiden erstmals 2004 bei der Enthüllung eines Gedenksteins für den von den Austrofaschisten ermordeten Koloman Wallisch auf. Seither haben sie sich auf Revolutions-, Frauen- & ArbeiterInnenlieder spezialisiert, aber auch einen umfangreichen Fundus an Friedensliedern und

Liedern aus dem antifaschistischen Widerstand. Alle mittlerweile sechs Alben von Angelika Sacher & Klaus Bergmaier sind bei Preiser Records erschienen. Sie sind im Fachhandel, im Online- und Versandhandel sowie auf allen Downloadplattformen erhältlich bzw. bestellbar.

WEBTIPPS: www.melk-memorial.org. Informationen, Hörproben und weitere Termine von Sacher und Bergmaier finden sich auf www.arbeiterinnenlieder.at

Klaus Bergmaier ■



Daniela Matejschek

V.l.n.r.: Klaus Bergmaier und Angelika Sacher am 12-Stunden-Konzert wider Gewalt und Vergessen in Melk

150 Jahre Karl Renner

Karl Renner erblickte am 14. Dezember 1870 das Licht der Welt. Er wurde als eines von 18 Kindern in eine Bauernfamilie in Mähren hineingeboren. Die Zeiten waren geprägt von gesellschaftlichem Wandel. Als Karl Renner am 31. Dezember 1950 in Wien starb, hatte die Zweite Republik gerade die Abschaffung der Todesstrafe beschlossen.

Im Jahre 1890 lernte Karl Renner, ein angehender Jus-Student, die um zwei Jahre jüngere Luise Stoicsics kennen. 1891 kam die gemeinsame Tochter Leopoldine auf die Welt. Die beiden heirateten aber erst 1897 und viele ZeitgenossInnen erinnerten sich an Luise Renner als eine intelligente wie bescheidene Frau.

Renner war ab 1895 als Bibliothekar im Reichsrat beschäftigt. Er promovierte 1898 und publizierte zum Großteil anonym Beiträge zur marxistischen Diskussion. Er widmete sich auch vielen volkswirtschaftlichen und rechtswissenschaftlichen Themen. Sein schriftstellerisches Schaffen war bis zu seinem Tode sehr produktiv. Als Vergleich kann am ehesten noch Otto Bauer herangezogen werden.

Renner vertrat gegenüber dem Ersten Weltkrieg eine pragmatische Haltung. Volksernährung und Arbeitsbeschaffung lagen im Fokus seiner Anliegen. Zum Ende der Monarchie meinte Renner, dass die **österreichische** Bevölkerung **über Nacht ein** „Volk ohne Staat“ geworden sei. Am 12. November 1918 beschloss die Provisorische Nationalversammlung die Annah-

me der von Renner entworfenen Verfassung. Dabei wurde die demokratische Republik als Bestandteil der Deutschen Republik deklariert.

Von 1918 bis zum Ausscheiden der Sozialdemokraten im Jahre 1920 aus der Regierung war Karl Renner Staatskanzler, der sich in einer Koalition mit den Christlich-Sozialen befand. Die Regierung vollzog vor allem auf dem Gebiet der Sozialgesetzgebung große Veränderungen. Karl Renner wurde im Mai 1919 als Staatskanzler zum Leiter der österreichischen Friedensdelegation von St. Germain bestellt. Renner war seit 26. Juli 1919 auch Außenminister und hatte Friedensmilderungen durch die österreichische Delegation erreicht. Das galt vor allem für die territorialen Bestimmungen, die Kärntner Volksabstimmung, die Zuweisung des Radkersburgers Gebietsstreifens und die Burgenlandfrage.

Nachdem 1920 die Sozialdemokratie aus der Regierung ausgeschieden war, widmete sich Renner dem Genossenschaftswesen und der Gründung der Arbeiterbank, der heutigen BAWAG. Am 1. Jänner 1923 kam es zur Eröffnung der Arbeiterbank, deren erster Vorsit-

zender Renner war, bis ein Unvereinbarkeitsgesetz sein Ausscheiden verlangte. Renner blieb bis zum Ende der Ersten Republik 1934 Abgeordneter zum Nationalrat.

Am 4. März 1933 kam es zu einer Geschäftsordnungskrise im Parlament, im Zuge derer die drei Präsidenten des Nationalrates Karl Renner, Rudolf Ramek und Sepp Straffner zurücktraten. Die Regierung Dollfuß, die entschlossen war, unter dem Schutz Mussolinis die Arbeiterklasse zu vernichten, erkannte in dieser Krise einen „Fingerzeig Gottes“ und schaltete das Parlament aus. Demokratische Rechte und Einrichtungen wurden auf Basis des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes von 1917 eingeschränkt und das autoritäre Regime eingeleitet. Am 12. Februar 1934 wurde Renner durch Heimwehrmänner in Gloggnitz verhaftet.

Besonders kontrovers und kritisch wird Renners Erklärung „Ich stimme mit Ja“ am 3. April 1938 im Wiener Neuen Tagblatt zum proklamierten Anschluss Österreichs an Nazi-Deutschland gesehen. Dieses „Ja“ sollte allerdings nicht als Annäherung an Hitler-Deutschland

gedeutet werden. Renner war ein entschiedener Gegner der Nationalsozialisten, die ihn noch bei Kriegsende 1945 töten wollten. Hinweise auf antisemitische Tendenzen gibt es keine.

Am 23. April 1945 kam es unter Renners Leitung zur Einigung und Bildung eines politischen Kabinetts unter der proporzmäßigen Beteiligung von SPÖ, KPÖ und ÖVP. Die Konzentrationsregierung wurde am 27. April gebildet. Renner war äußerst geschickt. Er deklarierte sich Stalin gegenüber als objektiver Mittler zwischen den Parteien, konnte jedoch für Österreich bereits für den 25. November 1945 die ersten Wahlen zum Nationalrat erreichen. Die ÖVP erreichte eine absolute Mehrheit, doch einigte man sich darauf, dass Renner am 20. Dezember 1945 durch die Nationalversammlung zum Bundespräsidenten gewählt werden sollte.

Renner war ein großer Staatsdenker, Rechtstheoretiker, Soziologe und Parlaments- sowie Verwaltungsexperte, der an Stelle der physischen Gewalt zur Veränderung der Gesellschaftsordnung die gesetzliche und die Gewalt der Ideen postulierte. Dabei hat er das sozialistische Ziel nie wirklich aufgegeben. Pragmatismus ging vor Utopie. Mit dieser Haltung wurde er zum Gründer der Ersten und Zweiten Republik.

Claus Michl-Atzmüller ■

Herzlich willkommen im Dr. Karl Renner-Museum!



www.rennermuseum.at



Aktuelle Sonderausstellung
Karl Renner - Ein österreichisches Phänomen

Dr. Karl Renner - Museum für Zeitgeschichte

Öffnungszeiten ab 12. Februar 2021: Freitag 14 bis 18 Uhr,
Samstag, Sonntag und Feiertag 10 bis 18 Uhr - Letzter Einlass: 17 Uhr.

Rennergasse 2, 2640 Gloggnitz, Tel: 02662/42498

E-Mail: office@rennermuseum.at, Web: www.rennermuseum.at

KULTUR
NIEDERÖSTERREICH

Bundeskanzleramt

RennerInstitut

Gloggnitz

„Der Schlächter von Wilna“ Franz Murer



Franz Murer wurde am 24. Jänner 1912 als Sohn eines Landwirts in Gaishorn / Steiermark geboren. Nach dem „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich wurde Murer 1938 Mitglied der NSDAP und in einer Ordensschule zum Ordensjunker ausgebildet.

Er wurde als Stabsleiter und Adjutant des Gebietskommissars Hingst in die damals ostpolnische Stadt Wilna (Vilnius) versetzt. Er war zuständig für „jüdische Angelegenheiten“. Wilna, einst als „Jerusalem des Nordens“ bekannt, hatte eine jüdische Bevölkerung von ca. 60.000 Menschen, welche während Murers „Zuständigkeit“ auf unter 500 sank. Bereits am 2. September 1941 begannen die Massenmorde von 3.700 Juden, welche in der Nähe von Wilna, der Ortschaft Ponary, bis zur totalen Auflösung des Ghettos Wilna, fortgesetzt wurden. Den wenigen überlebenden Opfern ist er als „Schlächter von Wilna“ in Erinnerung.

Der Name Murers fiel erstmals in einem Gerichtsverfahren im Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg. Bereits dort berichtete ein Überlebender des Wilnaer Ghettos über die Errichtung dieses Ghettos, die Anordnung schikanöser Befehle sowie die Vernichtung der Juden und nannte den Namen Franz Murer als einen der Hauptverantwortlichen. Nachdem Murer zufällig von Simon Wiesenthal im Jahr 1947 in Gaishorn aufgespürt worden und danach vom Landesgericht für Strafsachen in Graz wegen Massenerschießungen, Selektierung Arbeitsunfähiger, Kinder oder alter Menschen, sowie Ermordung bestimmter Juden angeklagt worden war, wurde er 1948 an die Sowjetunion ausgeliefert.

Wilna/Vilnius war zwischenzeitlich Hauptstadt der litauischen Sowjetrepublik geworden und unterstand damals der Oberhoheit der

Sowjetunion. Im September 1948 wurde er dort vor ein Kriegstribunal gestellt und zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Murer leugnete (in Wilna und Graz) alle Verbrechen hartnäckig ab. Er hätte mit dem Ghetto und den Judenangelegenheiten niemals etwas zu tun gehabt. Er hätte sich weder an Misshandlungen und schon gar nicht an der „Massenausrottung“ der Juden in Ponary beteiligt. Die Todesstrafe gegen ihn wurde damals nur wegen einer Änderung der Gesetze nicht verhängt.

Im Jahr 1955 wurde Franz Murer, dem Staatsvertrag entsprechend, den österreichischen Behörden als Kriegsverbrecher übergeben. Nach Fassung eines Ministerratsbeschlusses wurde Murer nach seiner Rückkehr von der österreichischen Justiz nicht weiter verfolgt. Der Staatsanwalt wäre aufgrund des Legalitätsprinzips (der Pflicht des Staates wegen verübter Delikte von Amts wegen das Strafverfahren einzuleiten) verpflichtet gewesen, Murer von Amts wegen zu verfolgen, denn die Einleitung eines Strafverfahrens liegt (auch heute noch) nicht im Ermessen des Staatsanwaltes, auch dieser muss sich an die gesetzlichen Vorgaben halten.

Im Dezember 1955 erfolgte der Beschluss über die Einstellung des Strafverfahrens mit der Begründung, Murer hätte bereits einen großen Teil (7 Jahre von 25!) der über ihn im Ausland verhängten Strafe verbüßt.

Da immer neue Zeugenaussagen gegen Franz Murer im Justizministerium eintrafen, erfolgte im Jahr 1963 die neuerliche Anklage wegen 20

Mordfällen: es handelte sich um Erschießungen in Wilna und Umgebung in den Jahren 1941 bis 1943. Zwei Mitarbeiter Murers, August Hering und Martin Weiss, waren vom Landesgericht Würzburg bereits zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt worden. Nach längeren Verhandlungen und der Tatsache, dass ein Sohn Murers, Gerulf, später in der SPÖ-FPÖ Koalition als Staatssekretär der FPÖ im Landwirtschaftsministerium fungierte, Murer selbst als jahrzehntelanger ÖVP-Funktionär, Chef der Bezirksbauernkammer Liezen tätig war, endete der Prozess im Landesgericht für Strafsachen skandalös, aber ganz nach dem Willen des Angeklagten. Schon während des Prozesses wurden die (jüdischen) Zeugen im Gerichtssaal von den Söhnen und anderen Angehörigen, so wie in der Tagespresse, verhöhnt.

Es finden sich keinerlei Hinweise auf diesbezügliche Verwarnungen der Betroffenen durch den Vorsitzenden im Hauptverhandlungsprotokoll. Die Staatsanwaltschaft trat schließlich selbst von der Anklage zurück, der Freispruch wurde ein Skandal. Am 24. Juli 1974 erfolgte die Einstellung des Verfahrens durch das Landesgericht Graz gem. §227 Abs. Durch ein Spalier jubelnder Menschen bahnte sich Murer den Weg zum Ausgang. Blumensträuße wurden überreicht. In Gaishorn ist er am 5. Jänner 1994 unbehelligt, als „guter Christ, der Franz“, wie der Pfarrer sagte, gestorben. Der Gerichtakt Franz Murer ist in Graz nicht auffindbar.

Josef Fiala ■



HOW TO CONQUER HITLER?

Über die Widerstandskämpferin Hilde Meisel

Die Journalistin und Publizistin Hilde Meisel war unter vielen Namen bekannt. Sie war je nach Bedarf Hilda Monte, Hilde Olday, oder auch Eva Bachmann. Eine Vielzahl an Namen für eine Frau, die über Jahre hinweg gegen den Faschismus kämpfte.

Hilde Meisel wurde am 31. Juli 1914 in Wien in eine assimilierte jüdische Familie geboren und wuchs ab 1915 in Berlin auf, wo sie sich 1929 dem **Internationalen Sozialistischen Kampfbund (ISK)** anschloss. Während der nationalsozialistischen Machtergreifung befand sich Meisel in London, wo sie zu dem Zeitpunkt einem Kunststudium nachging, das sie allerdings 1934 abbrach.

Unter ihrem Pseudonym „Hilda Monte“ begann sie von England aus unverzüglich mit der Widerstandsarbeit gegen den Nationalsozialismus. Sie half Literatur nach Deutschland hinein- und verfolgte hinauszuschuggeln. Zudem schrieb sie regelmäßig für sozialistische und bürgerliche Zeitungen Beiträge über das „Dritte Reich“. Zusammen mit dem sozialdemokratischen Journalisten Fritz Eber-

hard veröffentlichte sie 1939 unter dem Pseudonym „Hilde Olday“ die Schrift „How to conquer Hitler“, in der Wege der wirtschaftlichen und psychologischen Kriegsführung gegen Nazi-Deutschland erörtert wurden.

Zusammen mit Eberhard verließ Meisel noch im selben Jahr den ISK. In den darauffolgenden Jahren unterstützte sie die alliierten Kriegsanstrengungen unter anderem als Mitarbeiterin des Schwarzsenders „Sender der europäischen Revolution“ und der Abteilung Propaganda und Nachrichtenauswertung des britischen Ministry of Economic Warfare. Gemeinsam mit Eberhard veröffentlichte sie 1942 ein weiteres Buch mit dem Titel „**Help Germany to revolt!**“. Belegt sind darüber hinaus Meisels Engagement im German Education Reconstruction Committee, das sich mit der Um-

gestaltung des deutschen Bildungswesens befasste.

1944 wurde Meisel durch den britischen Geheimdienst OSS angeworben, in dessen Auftrag sie in die Schweiz reiste, wo sie gemeinsam mit dem sozialdemokratischen Journalisten und späteren Herausgeber der „Frankfurter Rundschau“, Karl Gerold, Kontakt zu österreichischen Widerstandskreisen aufnehmen sollte. Zu diesem Zweck überquerte Meisel mehrfach die „grüne Grenze“ zwischen Vorarlberg und Liechtenstein. Bei einem dieser illegalen Übertritte wurde sie am 17. April 1945 von einem Grenzwachbeamten ertappt und tödlich verwundet.

Nach dem Krieg wurde ihr auf Initiative des SPÖ-Nationalrats Anton Linder – möglicherweise hatte er Meisel in seinem Schweizer Exil



In Berlin-Charlottenburg erinnert ein Stolperstein an Hilde Meisel

kennengelernt – auf dem evangelischen Friedhof in Feldkirch ein Gedenkstein gewidmet. Hilde Meisel **„lebte und starb im Dienste für die sozialistische Idee“**. Eine Charakterisierung, die bis vor kurzem auf ihrem Stein eingraviert war. Der Gedenkstein wurde mittlerweile in einer Nacht-und-Nebelaktion durch das Schwarze Kreuz „restauriert“. Dieses Thema soll in einer der folgenden Ausgaben des „Kämpfers“ thematisiert werden.

Severin Holzknicht ■



Die Redaktion wünscht allen Mitgliedern, MitstreiterInnen, Gast-/AutorInnen und AbonentInnen ein erfolgreiches Jahr 2021! FREUNDSCHAFT!



MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Ingrid Antes, Lilli Bauer, Werner T. Bauer, Anton Bergauer, Klaus Bergmaier, Josef Fiala, Heimo Gruber, Severin Holzknicht, Dominik Lang, Claus Michl-Atzmüller, Gerald Netzl, Martin Oppenauer, Hans-Peter Weingand, Hannes Weninger.

Grafische Gestaltung: Franziska J. Dowansky / Wien Work – Digital Media

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 4. Dezember 2020

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 26. Februar 2021

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen. 1014 Wien, Löwelstraße 18, Telefon: 01/534 27-277, Fax: Dw. 258, E-Mail-Adresse: kaempfer@spoe.at, Internetadresse: www.freiheitskaempfer.at.

Fotos: Wenn nicht anders vermerkt: Redaktion Freiheitskämpfer

Hersteller: Wien Work - Digital Media, 1220 Wien

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Information über neofaschistische und rechtsextremistische Bewegungen, Vereinsnachrichten, Informationen der Opfer des Faschismus. Die im „Kämpfer“ veröffentlichte Artikel und Kommentare geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion oder des Bundesvorstandes wieder.

Zlnr.: GZ 02Z033355M

Österreichische Post AG
MZ GZ02Z033355M